

1914 – 1945

Das Statistische Amt im Zeitalter der Weltkriege

von Daniel Langer

Der Erste Weltkrieg

Im diametralen Gegensatz zu den kommenden Schrecken und Gräueln des im August 1914 beginnenden Ersten Weltkrieges, als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, hatte nur wenige Monate zuvor die am 1. Mai 1914 eröffnete Internationale Städteausstellung von Lyon mit zahlreichen teilnehmenden Städten aus aller Herren Länder im Fokus gestanden. Beseelt aus der Erfahrung der großen technischen Errungenschaften des ausgehenden 19. Jahrhunderts sollte dort symbolhaft mit prächtigen Städte-Pavillons ein ungebrochener Fortschrittglauben auch für das 20. Jahrhundert bezüglich der zukünftigen Entwicklungen von Städteplanung und des öffentlichen Gesundheitswesens feierlich begangen werden. Das Statistische Amt von München hatte mit seiner fachlichen Expertise für die Ausstellung ebenfalls mehrere Schautafeln erstellt. Anfang August 1914 wurde jedoch unter dem Eindruck des ausbrechenden Krieges der deutsche und der österreichische Pavillon der Städteausstellung in Lyon geschlossen. In München hingegen kam am 2. August auf dem Odeonsplatz, anlässlich der beginnenden Mobilmachung im Königreich Bayern, eine große Menschenmenge zusammen, um den Kriegsbeginn in Erwartung eines raschen Sieges stürmisch zu feiern – ohne zu ahnen, welchen Epochenbruch der Erste Weltkrieg letztendlich bedeuten sollte.

Die Zäsur des einsetzenden Weltkrieges bedeutete für das Statistische Amt einen jähen Einschnitt in nahezu seine gesamten bisherigen Tätigkeitsbereiche: Das Erscheinen von teilweise bereits seit Jahrzehnten publizierter Veröffentlichungen wie den „Mittheilungen des Statistischen Amtes“ oder den „Münchener Jahresübersichten“ wurde nach Kriegsausbruch eingestellt, auch die Veröffentlichung der

*Erster Mobilmachungstag
am 2. August 1914*



Anstehen vor einem Lebensmittel- oder Tabakgeschäft in der Orlandostraße, April 1918



Spendenaufwurf für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer



Werbekarte für die Abgabe von Goldschmuck, 1917

„Einzelschriften“ kam während des Weltkrieges zum Erliegen. Allein die statistischen Wochen- und Monatsberichte wurden bis 1917 bzw. bis 1919 weiterhin veröffentlicht, während die bisherige Erstellung der städtischen Verwaltungsberichte mit der Publikation der beiden vorerst letzten Bände für 1911 und für 1912 ebenfalls pausiert wurde. Anstelle der bisherigen zivil-kommunalen Verwaltungsarbeit mit dem insbesondere durch den früh verstorbenen ehemaligen Amtsleiter Dr. Singer verkörperten Anspruch, gesellschaftlich-soziale Probleme, wie z. B. die allgegenwärtige Wohnungsnot in München nicht nur statistisch herauszuarbeiten, sondern auch mögliche Lösungen publizistisch aufzuzeigen, trat nun die Heranziehung des Statistischen Amtes für überwiegend kriegswirtschaftliche Aufgaben. In Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Engpässe galt es nun die Preisbemessungen verschiedener alltäglicher Güter oder die Organisation der kommunalen Lebensmittelversorgung sowie -verteilung einzuschätzen und zu regeln.

Wie ein erst nach dem Krieg Anfang der 1920er Jahre erscheinender gesammelter Münchner Verwaltungsbericht für die Jahre 1913 bis 1920 ausführt, war das Statistische Amt bis zur Gründung einer eigenen Lebensmittelversorgungsgesellschaft und eines Lebensmittelamtes sogar für den gesamten Geschäftsgang des Kommunalverbandes München verantwortlich. Vor dem Hintergrund des Weltkrieges nahm außerdem die Zahl der Erhebungen mit kriegswirtschaftlichem Hintergrund, wie z. B. Viehzählungen in großem Ausmaß zu. Bereits im ersten Kriegsjahr hatte es erste Bestandserhebungen, wie von Getreide- und Mehlvorräten oder Futtermittel- sowie Sprengstoffbeständen gegeben. Des Weiteren wurden in den Kriegsjahren 1916 und 1917 zwei Volkszählungen mit der vordringlichen Zielsetzung der Erfassung militärischer und rüstungswirtschaftlicher Daten im Deutschen Reich durchgeführt. Vor diesem Hintergrund wird diesen beiden Volkszählungen in der historischen Forschung jedoch eine vergleichsweise geringe Aussagekraft im Bereich der Bevölkerungsstatistik für diese Zeitspanne zugesprochen.

Der Herbst des Jahres 1918 markierte schließlich mit dem Waffenstillstand von Compiègne das Ende des Ersten Weltkrieges und läutete durch die Novemberrevolution den Untergang des Königreichs Bayern sowie des Deutschen Reiches ein.



*Ansicht der Thalkirchner Straße 54, um 1920
als Heimat des Statistischen Amtes
von 1914 bis 1918*



Außenansicht von der Winzererstraße aus, um 1920

In den Revolutions- und Nachkriegswirren kam es für das Statistische Amt Anfang Dezember 1918 zunächst zu einem Umzug in das damalige Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 42/44, bis Ende September 1919 schließlich ein Standortwechsel in die Winzererstraße 68 als dem früheren Wehramtsgebäude der Stadt München und heutigem Standort des Stadtarchivs stattfand.

Die Zeit der Weimarer Republik

Hatte der Mitarbeiterbestand des Statistischen Amtes vor dem Ersten Weltkrieg noch ungefähr 20 bis 25 Personen umfasst, so sank diese Zahl nach dem Krieg auf ungefähr 14 Personen. Das Amt hatte damit zu diesem Zeitpunkt weniger Personal als die statistischen Ämter ähnlich großer bzw. kleinerer Städte wie z.B. Köln, Leipzig oder Würzburg. Die Aufgabengebiete des Statistischen Amtes nahmen jedoch dadurch nicht ab; im Zuge einer 1920 durch den Stadtrat beschlossenen Angliederung an das Wirtschaftsreferat rückte als Betätigungsfeld die nach Kriegsende zahlreichen Verwerfungen der wirtschaftlichen Lage der Stadt in den Fokus.

Darüber hinaus war das Statistische Amt zu Beginn der 1920er Jahre versucht, nach den langen Kriegsjahren die bisher seit der Gründung 1875 bis 1914 aufgebaute reguläre kommunal-zivile statistische Arbeit wiederaufzunehmen bzw. durch den Krieg nicht mehr durchgeführte Aspekte statistischer Erhebungen nachzuholen.

Hierzu zählten neben einer Wiederaufnahme von bereits vor Kriegsbeginn durchgeführten kommunalen statistischen Auswertungen, wie z.B. den „Erhebungen in den Münchener Betrieben für die Gewerbeaufsicht“, neue Aufgaben wie die bereits ab 1919 im gesamten Deutschen

Reich stattfindende Neueinführung einer umfangreichen Statistik, der sog. „Kosten der Lebenshaltung“: Diese sollte dazu dienen, Kostensteigerungen in der Lebensführung im Rahmen von „Indexziffern“ festzuhalten, um damit einen Basiswert für Gehaltserhöhungen herauszuarbeiten. In Ergänzung hierzu führte das Statistische Amt anhand zusätzlicher lokaler Indikatoren darüber hinaus eigene Berechnungen hinsichtlich der örtlichen Lebenshaltungskosten durch, um diese in die städtische Lohnpolitik einfließen lassen zu können.

Trotz der Übernahme dieses neuen Aufgabenspektrums sah sich das Statistische Amt gegen Mitte der 1920er Jahre verschiedenen Überlegungen innerhalb der Stadtverwaltung ausgesetzt, auf Grund von kommunalen Sparzwängen das Amt möglicherweise dauerhaft zu schließen. Letztendlich kam man jedoch nach einer von Prof. Dr. Morgenroth angeforderten detaillierten Aufstellung der Tätigkeiten des Statistischen Amtes im Rahmen einer Aufgabenkritik überein, das Amt als eigenständigen Teil der Stadtverwaltung beizubehalten, um mit einem Fokus auf die Erstellung von Wirtschaftsstatistiken das Wirtschaftsreferat und die städtischen Führungsebenen zu unterstützen. Allerdings wollte man versuchen, sich Kosten für durch den Freistaat Bayern oder das Deutsche Reich veranlasste statistische Erhebungen als Aufgaben des übertragene Wirkungskreises stärker erstatten zu lassen. Im Jahr 1925 war das Amt darüber hinaus mit einem erneuten Umzug aus der Winzererstraße 68 an den früheren Standort in der Thalkirchner Str. 54 konfrontiert.

Auch die Wiederaufnahme neuer eigenständiger Publikationen des Statistischen Amtes in Tradition der über den Zeitraum von Jahrzehnten erschienenen „Mittheilungen des Statistischen Amtes“ gestaltete sich insgesamt weiterhin schwierig. Zwar erschienen 1920 und 1921 „Statistische Vierteljahresberichte“ mit darin enthaltenen Vierteljahrstabellen; große wirtschaftliche Probleme jedoch erzwangen bereits kurz darauf wiederum deren Einstellung. Für die Jahre 1921 bis 1923 wurden nur noch knapp gehaltene „Statistische Jahresübersichten“ veröffentlicht. Erst ab dem Jahr 1925 erschien auf Initiative des Statistischen Amtes als eine dauerhafte neue statistische Publikationsreihe das „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblatt“ in Form einer monatlich erscheinenden Beilage der „Münchener Gemeindezeitung“ mit regelmäßigen Beiträgen wie den „Statistischen Monatsberichten“ oder „Kurzen statistischen Jahresübersichten“.



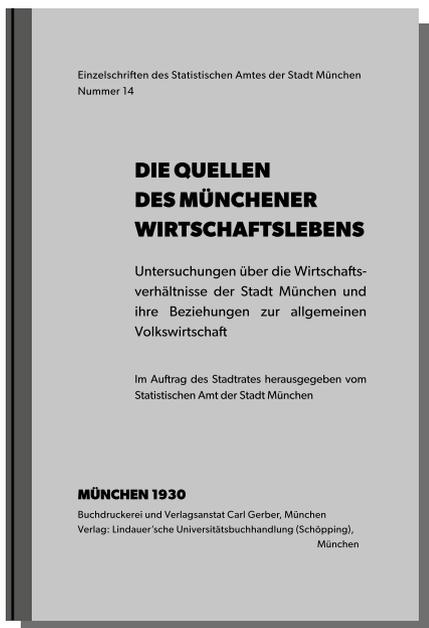
*Straßenansicht
zum Marienplatz,
rechts Hotel
Englischer Hof und
Schrammerstraße,
5. Juli 1925*

In der neuen Veröffentlichungsreihe des „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblattes“ wurden jedoch nicht nur reine Statistiktabelle und -auswertungen publiziert, sondern ebenfalls Aufsätze zu Themen wie z.B. „München, wovon lebt es?“, „Lage des Münchner Arbeitsmarktes“, „Münchens Kraftfahrzeuge“ (siehe hierzu gesondert den Artikel „Verkehr der letzten 150 Jahre in München“ auf Seite 279) oder durchaus auch zu ungewöhnlich anmutenden thematischen Aspekten wie „Ein Jahrhundert Münchener Fleischverbrauch“. Durch diese, in kurzen monatsweisen Abständen erscheinende, wissenschaftlich-essayistische Aufbereitung von verschiedenen Statistikt Themen in Textform für eine breite Öffentlichkeit kann das „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblatt“ daher mit zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffenen Rubriken wie „München im Zahlenspiegel“ als früher Vorläufer der in der heutigen Gegenwart durch das Statistische Amt veröffentlichten „Münchner Statistik“ gesehen werden (siehe hierzu Textabschnitt ab Seite 59). Neben der Herausgabe neuer Publikationen stand dem Statistischen Amt, nach einem kurzzeitigen Standortwechsel in die Blumenstraße 28a, ein neuerlicher Umzug an einen längerfristigen Standort bevor. Ab dem Herbst 1929 befand sich dann das Amt in der Dienerstraße 11 in unmittelbarer Nähe zum Neuen Rathaus, etwa auf dem Gebiet des heutigen Marienhofes. Das dortige Gebäude hatte lange Jahre als Hotel – unter anderem unter dem Namen „Englischer Hof“ – firmiert und war schließlich in ein städtisches Verwaltungsgebäude umgewandelt worden.

Im wachsenden Bereich von neu erscheinenden Publikationen des Statistischen Amtes war zum Abschluss der 1920er Jahre darüber hinaus auch der Zeitpunkt gekommen, das bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges durch Prof. Dr. Morgenroth geplante Projekt eines „Statistischen Jahrbuches“ (siehe hierzu Textabschnitt ab Seite 21) in inhaltlich ausgeweiteter Form weiter zu verfolgen und schließlich 1928 unter dem neuen Titel „Statistisches Handbuch“ zu veröffentlichen. Wie es im von Prof. Dr. Morgenroth verfassten Vorwort heißt, solle es „für alle am Gemeindeleben Münchens beteiligten Kreise ein Nachschlagewerk über die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Verhältnisse der Stadt und deren Entwicklung sein“ und reichte zu diesem Zweck nahezu 30 Jahre zurück bis in das Jahr 1896. Vor dem Hintergrund dieser umfangreichen Zeitspanne fächert sich in 27 Kapiteln wie „V. Handel und Gewerbe“ oder „XV. Rechtspflege“ ein umfangreiches Kompendium der wechselvollen Zahlenlandschaft Münchens im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert auf.

Auch die seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges pausierende Veröffentlichungsreihe der „Einzelschriften des Statistischen Amtes“ erfuhr bald einen Neuzugang in Gestalt einer durch Prof. Dr. Morgenroth im Herbst des Jahres 1930 veröffentlichten umfangreichen Monografie mit dem Titel „Die Quellen des Münchener Wirtschaftslebens“. Darin nahm der Direktor des Statistischen Amtes eine detaillierte Analyse der damaligen wirtschaftlichen Lage und Situation von München in Wechselwirkung zum volkswirtschaftlichen Gesamtbild der Weimarer Republik auf.

Die noch junge Demokratie schlitterte jedoch in Folge der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise mit ihren disruptiven Auswirkungen wie Massenarbeitslosigkeit und zahlreichen Firmenbankrotten zusehends in den Abgrund: Nach einer zeitweisen Phase der wirtschaftlichen Erholung in den „Goldenen Zwanzigern“ zeichnete sich zu Beginn der 1930er Jahre vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und zerrüttenden innenpolitischen Verwerfungen der zunehmende Aufstieg der in München gegründeten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (NSDAP) ab, welcher schließlich am 30. Januar 1933 in der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsidenten Paul von Hindenburg mündete und das Ende von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland einläutete.



*Titelbild der letzten Einzelschrift
„Die Quellen des Münchener
Wirtschaftslebens“*

Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg

Die rasch voranschreitende Beseitigung der demokratischen Grundordnung der Weimarer Republik durch Hitler und die NSDAP, mit dem Ziel der Errichtung einer gleichgeschalteten nationalsozialistischen Diktatur, hatte bereits innerhalb kürzester Zeit massive Auswirkungen auf die Institutionen des Staatswesens sowie dessen Bürger. So wurde in München nach der Ernennung von Franz Ritter von Epp als Reichskommissar für Bayern am 9. März das Neue Rathaus als Sitz der Stadtverwaltung von SA-Männern besetzt, so dass schließlich am 20. März Oberbürgermeister Karl Scharnagl von der Bayerischen Volkspartei seinen Rücktritt einreichte. Der bisherige NSDAP-Stadtrat Karl Fiehler wurde zu dessen Nachfolger durch den Gauleiter von München-Oberbayern ernannt und ging unmittelbar dazu über, die Stadtverwaltung Münchens im Sinne der nationalsozialistischen Gewaltpolitik umzugestalten. Dementsprechend wurden nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 im gesamten Deutschen Reich und damit auch in München aus der Mitarbeiterschaft der Stadt politische Gegner der NSDAP wie SPD- oder KPD-Mitglieder, aber auch städtische Kolleginnen und Kollegen jüdischen Glaubens von ihren Dienstposten entfernt, wie z. B. auch im Fall von Helene Wellisch, einer ehemaligen Mitarbeiterin des Statistischen Amtes.

Die neuen Machthaber zogen das Statistische Amt in den Jahren nach 1933 verstärkt für verschiedene Zwecke ihrer Machtpolitik, wie z. B. durch die Übermittlung von Unterlagen zur Beurteilung von Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung, heran. Prof. Dr. Morgenroth erhielt im Herbst 1933 den Vorsitz der „Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik“ nach der vorhergehenden Auflösung des seit 1904 existierenden „Verbandes der Deutschen Städtestatistiker“. Allerdings scheint es während der nächsten Jahre laut Schilderungen von verschiedenen Zeitgenossen zu einer zunehmenden Distanzierung und Entfremdung zwischen Morgenroth und den nationalsozialistischen Machtverhältnissen gekommen zu sein. Laut Aussagen damaliger Kollegen Morgenroths aus dem Statistischen Amt wurde ihm aus diesen Gründen schließlich die Kündigung seiner Direktorenstelle ausgesprochen. Nach einer aktiven Dienstzeit von über einem Vierteljahrhundert als Direktor des Statistischen Amtes der Stadt München verstarb Prof. Dr. Morgenroth am 2. Juni 1938 im Alter von 61 Jahren. Während der



Prof. Dr. Ernst Ferdinand Müller

Geboren am 10. März 1889 in Schillingen (früher im Kreis Gumbinnen in Ostpreußen, heutiger russischer Oblast Kaliningrad) studierte nach dem Ablegen des Abiturs u. a. in Leipzig Staatswissenschaften und war nach seiner Promotion dort – wie auch später an der Universität Königsberg – in der Lehre tätig. Nach zeitweiser Arbeit in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, wie z. B. als Referent am Preußischen Statistischen Landesamt, wurde Prof. Dr. Müller 1927 Direktor des Statistischen Amtes der Provinz Ostpreußen in Königsberg. Nach Übernahme der Direktorenstelle im Statistischen Amt München lehrte er in der Nachfolge von Prof. Dr. Morgenroth als Honorarprofessor an der TH München.

„Völkische Beobachter“ als Parteiorgan der NSDAP (Prof. Dr. Morgenroth war Mitglied der NSDAP gewesen) in seinem Nachruf einen „unerwartet raschen“ und „plötzlichen“ Tod von Morgenroth erwähnt, sprechen die „Münchner Neuesten Nachrichten“ im Unterschied hierzu von einem Ableben nach längerem Leiden, wobei eine zeitgenössische Quelle jedoch einen Suizid als tatsächliche Todesursache nannte.

Als Nachfolger von Prof. Dr. Morgenroth wurde nach mehrmonatiger Bewerbersucher Prof. Dr. Ernst Ferdinand Müller bestimmt, der ab dem Frühjahr 1939 die Direktorenstelle des Statistischen Amtes übernahm. Zuvor hatte sich Heinrich Himmler als Reichsführer der SS für die Besetzung der vakanten Leitungsposition in München mit Richard Korherr als dem damaligen Leiter des Statistischen Amtes Würzburg ausgesprochen, letztendlich war Korherr aber abgelehnt worden. Dieser sollte später Leiter der Statistischen Abteilung der SS werden und für Heinrich Himmler als Reichsführer der SS im Jahr 1943 einen statistischen Bericht über die sog. „Endlösung der Judenfrage“ erstellen.

An der Person von Richard Korherr zeigt sich besonders prägnant eine gegen Ende der 1930er Jahre immer deutlicher werdende Verstrickung im Dritten Reich von Vertretern der statistischen Wissenschaft – sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Lehre und Wissenschaft – mit dem nationalsozialistischen Staat und seinen Protagonisten. Besonders deutlich und offen wurde dies nach dem Überfall des Dritten Reichs auf Polen am 1. September 1939 und dem dadurch ausgelösten Zweiten Weltkrieg auch durch den Präsidenten der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Friedrich Zahn: In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Allgemeines statistisches Archiv“ aus dem Jahr 1940 äußert sich Zahn dahingehend, dass „[...] doch die Statistik schon nach ihrem Wesen der nationalsozialistischen Bewegung [...]“ nahe stünde. Diese Ansicht unterstrich Zahn im darauffolgenden Jahr in einem weiteren Aufsatz mit den Worten: „Tatsächlich war die Statistik noch nie von so maßgebender Bedeutung wie gegenwärtig im Zeichen der wehrwirtschaftlichen Bedürfnisse und ganz besonders jetzt während des großen, uns aufgezwungenen Krieges.“ Damit beschwor Zahn eine nahezu symbiotisch-intrinsische Verbundenheit zwischen Statistik und Nationalsozialismus, die sich auch z. B. bei statistischen Tagungen und Aufsätzen der deutschen Städtestatistiker durch dort neu hinzugekommene Themen – ganz im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie – über statistische Fragen vor dem Hintergrund vermeintlich wissenschaftlicher Erbbiologie oder Rassen- und Familienkunde zeigte.

Helene Wellisch



Geboren am 23. August 1881 in Berlin, besuchte sie sieben Jahre die Münchner Volksschule, ein Jahr die Frauenarbeitsschule und zweieinhalb Jahre die kaufmännische Fortbildungsschule. Ab dem 18. Februar 1907 war Helene Wellisch städtische Mitarbeiterin im Statistischen Amt und wurde am 1. Juli 1912 bei der Stadt München verbeamtet; in den 1920er Jahren wechselte sie auf eine Stelle in der städtischen Großmarkthalle.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und dem Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 wurde durch einen Untersuchungsausschuss des Stadtrates zur Durchsetzung des BBG beschlossen, Helene Wellisch und weitere jüdische Beschäftigte „aus dem städtischen Dienst zu entfernen“. Am 1. Mai 1934 erfolgte bei ihrer damaligen Stelle in der städtischen Großmarkthalle die zwangsmäßige Versetzung in den Ruhestand.

Am 4. April 1942 wurde Helene Wellisch mit einem Transport aus dem „Judenlager Milbertshofen“ deportiert und in das Ghetto von Piaski im östlichen Polen in der Nähe von Lublin gebracht. Dort kam sie zu einem unbekanntem Zeitpunkt ums Leben. Eine Postkarte von Ende April 1942 an ihre Münchner Bekannte Fanny Elsa Henne ist ihr letztes Lebenszeichen.

Dieser sprachliche Duktus einer beschworenen inneren Wesensnähe zwischen der statistischen Wissenschaft und dem Nationalsozialismus wird als wesentliche inhaltliche Veränderung ab Mitte der 1930er Jahre in zunehmend auffälliger Weise auch in den Publikationen des Statistischen Amtes von München spürbar: Waren die darin enthaltenen Artikel im Sinne einer sachlich-wissenschaftlichen Berichterstattung zu Zeiten in der Weimarer Republik sprachlich neutral gehalten, so heißt es z.B. in einem Artikel aus dem Herbst 1935 im „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblatt“ mit dem Titel „Die Fruchtbarkeit der Ehen in München“ über das frühere Auftreten niedriger Geburtenraten während der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in pflichtschuldig-ehrerbietiger Weise: „Der Nationalsozialismus hat auch diesem Problem neue weltanschauliche Grundlagen gegeben. Die Aufrichtung der Volksgemeinschaft, die Feststellung der Kinderaufzucht als vaterländische Pflicht, die Wiederherstellung der Achtung vor den kinderreichen Familien usw. bilden eine wertvolle moralische Förderung.“

In ähnlichem Tonfall ist als Gradmesser der zwischenzeitlich erfolgten Vereinnahmung von Statistik im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie auch das im Dezember 1938 veröffentlichte neue „Statistische Handbuch der Hauptstadt der Bewegung“ (1935 war dieser Titel der Stadt München von Adolf Hitler „verliehen“ worden) gehalten, das in seinem Vorwort Folgendes ausführte: „Die neueingeführten Nachweisungen über die familienstatistischen Ergebnisse der letzten Volkszählung, über Zahl und Stellung der Juden in der Bevölkerung und Wirtschaft, über die Förderung der Eheschließungen durch Ehestandsdarlehen, über Durchführung der Reichsberufswettkämpfe, Tätigkeit und Leistungen des Winterhilfswerkes, über die Veranstaltungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ usw. lassen das Statistische Handbuch als einen Rechenschafts- und Erfolgsbericht über die bisher geleistete Arbeit erscheinen.“

Die Erwähnung einer Volkszählung im obigen Vorwort nimmt hierbei Bezug auf die zu diesem Zeitpunkt letzte Volkszählung wenige Jahre zuvor am 16. Juni 1933: Diese war bereits seit Ende der 1920er Jahre im Deutschen Reich als reguläre Volks-, Berufs- und Betriebszählung geplant, aber auf Grund verschiedener Probleme, wie z. B. durch den erwähnten Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und damit einhergehender Finanzierungsschwierigkeiten zu Zeiten der Weimarer Republik nicht mehr durchgeführt worden. Auf Grund der kurzen Zeitspanne zwischen dem Befragungs-Stichtag am 16. Juni und dem Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933 erfuhr die Bevölkerungsbefragung durch die neuen Machthaber inhaltlich verglichen mit der späteren Volkszählung von 1939 wenige, aber auch nicht unerhebliche ideologisch gefärbte Veränderungen: Darunter fiel z. B. die Neuerung, dass die Fragebögen des Zensus von 1933 für die geplante Gründung des später tatsächlich errichteten Reichssippenamtes nur mit Genehmigung des Statistischen Reichsamtes weggeworfen werden durften und der Geburtsort der zu Befragenden für die „Untersuchung volksbiologischer Fragen“ in den Fragenkatalog aufgenommen wurde. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Volkszählung von 1933 auch eine Sonderzählung aller im Deutschen Reich lebenden Juden erstellt – dies war zwar bereits beim Zensus des Jahres 1925 auf Antrag eines jüdischen Vereins geschehen, doch nun erfolgte dies unter völlig anderen Vorzeichen aus ideologischem Interesse der neuen nationalsozialistischen Regierung. Eine tatsächliche spätere Weitergabe der bei der Volkszählung von 1933 erhobenen Daten an NS-Institutionen – wie das bereits erwähnte Reichssippenamt – wird jedoch in der neueren Forschung für unwahrscheinlich gehalten.



*Dienersstraße 11
nach dem schweren
Luftangriff auf die
Münchener Innenstadt,
Mai 1944.*

Im Statistischen Amt von München hielten die Ergebnisse der Volkszählung von 1933 im oben bereits erwähnten Statistischen Handbuch von 1938, aber auch in einer größeren Zahl von Auswertungen in anderen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes München Eingang. In einer Ausgabe des „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblatt“ wurden im Rahmen eines Artikels mit dem Titel „Die Juden in München“ detailliert die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse der zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1933 in München lebenden 9 005 Juden untersucht und in deutlicher Prägung durch die nationalsozialistische Ideologie triumphierend vermerkt, dass sich die „Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung seit der Machtübernahme grundlegend geändert haben, und zwar im Sinne einer Einengung und Zurückdrängung des im deutschen Volkes artfremden Judentums unter gleichzeitiger Lösung etwa noch bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verbindungen zwischen der deutschen und der fremdrassigen Bevölkerung.“ Im Anschluss daran wird in dem Artikel mit einem bedrohlichen Unterton für eine zukünftige Bestandsaufnahme der „Absonderung und Zurückdrängung der Juden“ auf die Ergebnisse der nächsten Volkszählung von 1939 verwiesen.

Diese fand am 17. Mai 1939 nach dem „Anschluss“ Österreichs im Vorjahr und der Zerschlagung der Tschechoslowakei wenige Monate zuvor im nunmehrigen sog. „Großdeutschen Reich“ statt. Anders als die Volkszählung von 1933 war die Zählung von 1939 jedoch hinsichtlich ihrer Organisation und Durchführung inzwischen eindeutig den Maßgaben und Zielen der nationalsozialistischen Diktatur unterworfen: Neben einem nahezu vollständigen Wegfall des statistischen Amtsgeheimnisses waren bei der Volkszählung von 1939 nun auch Fragen zur „rassischen Abstammung“ enthalten. Diese wurden in Form von – neben den regulären Haushaltungslisten auszufüllenden sowie in einem separaten

Umschlag abzugebenden – sog. „Ergänzungskarten“ übermittelt. Die darauf erfragte Zugehörigkeit der Großeltern zu der „Rasse“ der „Volljuden“ stellten einen weitreichenden Schritt zu einer durch den NS-Staat angestrebten umfangreichen Erfassung der im Deutschen Reich lebenden Juden dar: Die unmenschliche Rassenideologie der Nationalsozialisten zielte nunmehr auf die Ermittlung von sog. „Rassejuden“ im Unterschied zu den noch bei der Volkszählung von 1933 ermittelten „Glaubensjuden“ ab. Inwieweit die 1939 ausgeweitete Erfassung der jüdischen Staatsbürger sich im Dritten Reich auf die Organisation ihrer Verfolgung und Ermordung im Holocaust auswirkte, ist bis heute Diskussionsgegenstand in der Geschichtsschreibung. Allerdings markiert allein die umfassende, von einer menschenverachtenden Ideologie geprägte Instrumentalisierung und Pervertierung der Methodik einer Volkszählung durch die nationalsozialistische Diktatur für die schrankenlose Gewinnung und Auswertung umfangreicher Informationen über die eigenen Staatsbürger einen Tiefpunkt in der deutschen Statistikgeschichte.

In den Publikationen des Statistischen Amtes von München sind die Ergebnisse der Volkszählung vom 17. Mai 1939 nicht mehr veröffentlicht worden. Dies steht wahrscheinlich mit einem Geheimerlass vom 4. September 1939 durch den Generalbevollmächtigten für Wirtschaft im Zusammenhang, wonach vor dem Hintergrund des am 1. September begonnenen Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich für ein umfangreiches Spektrum von nichtamtlichen und amtlichen Daten ein Veröffentlichungsverbot ausgesprochen worden war.

Der fortschreitende Kriegsverlauf und die sich spätestens nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad im Kriegswinter 1942/1943 abzeichnende deutsche Niederlage machte sich auch im Statistischen Amt immer mehr bemerkbar. So wurde die Veröffentlichung des „Münchener Wirtschafts- und Verwaltungsblattes“ und weiterer Publikationen wie der „Verwaltungsberichte“ eingestellt; auch das Statistische Amt selbst erfuhr schließlich nach Aussage von Zeitgenossen Mitte 1944 „aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung“ eine Stilllegung. Im Dezember 1944 wurde darüber hinaus der langjährige Standort des Statistischen Amtes in der Diererstr. 11 durch einen schweren Luftangriff auf die Münchner Innenstadt komplett zerstört, wodurch auch große Teile der Bibliothek unwiderruflich verloren gingen.

Fast 70 Jahre nach seiner Gründung stand das Statistische Amt im Wortsinn vor den Trümmern seiner bisherigen Existenz – bis es nach der Kapitulation der Wehrmacht und dem Ende des NS-Staates als „Stunde Null“ im Jahr 1945 auf dem Kerngebiet seiner ursprünglichen Anfänge in der Kommunalstatistik München schließlich wieder neu aufleben sollte.

Zeitgeschehen in München und der Welt in der Zeit der Weltkriege

1. Mai 1914

*Eröffnung der Internationalen
Städteausstellung von Lyon*

August 1914

Ausbruch des Ersten Weltkrieges

7. November 1918

Revolution in München

11. November 1918

*Unterzeichnung des Waffenstillstandes
von Compiègne*

April/Mai 1919

*Ausrufung und Niederschlagung der
„Räterepublik Bayern“*

28. Juni 1919

*Unterzeichnung des Friedensvertrages
von Versailles*

8./9. November 1923

Hitler-Putsch in München

September 1928

*Grundsteinlegung des kommunalen
Verwaltungsgebäudes in der
Blumenstraße als erstes Münchener
Hochhaus*

1. April 1933

Boykott gegen jüdische Geschäfte

10. Mai 1933

Bücherverbrennung auf dem Königsplatz

19. Juli 1937

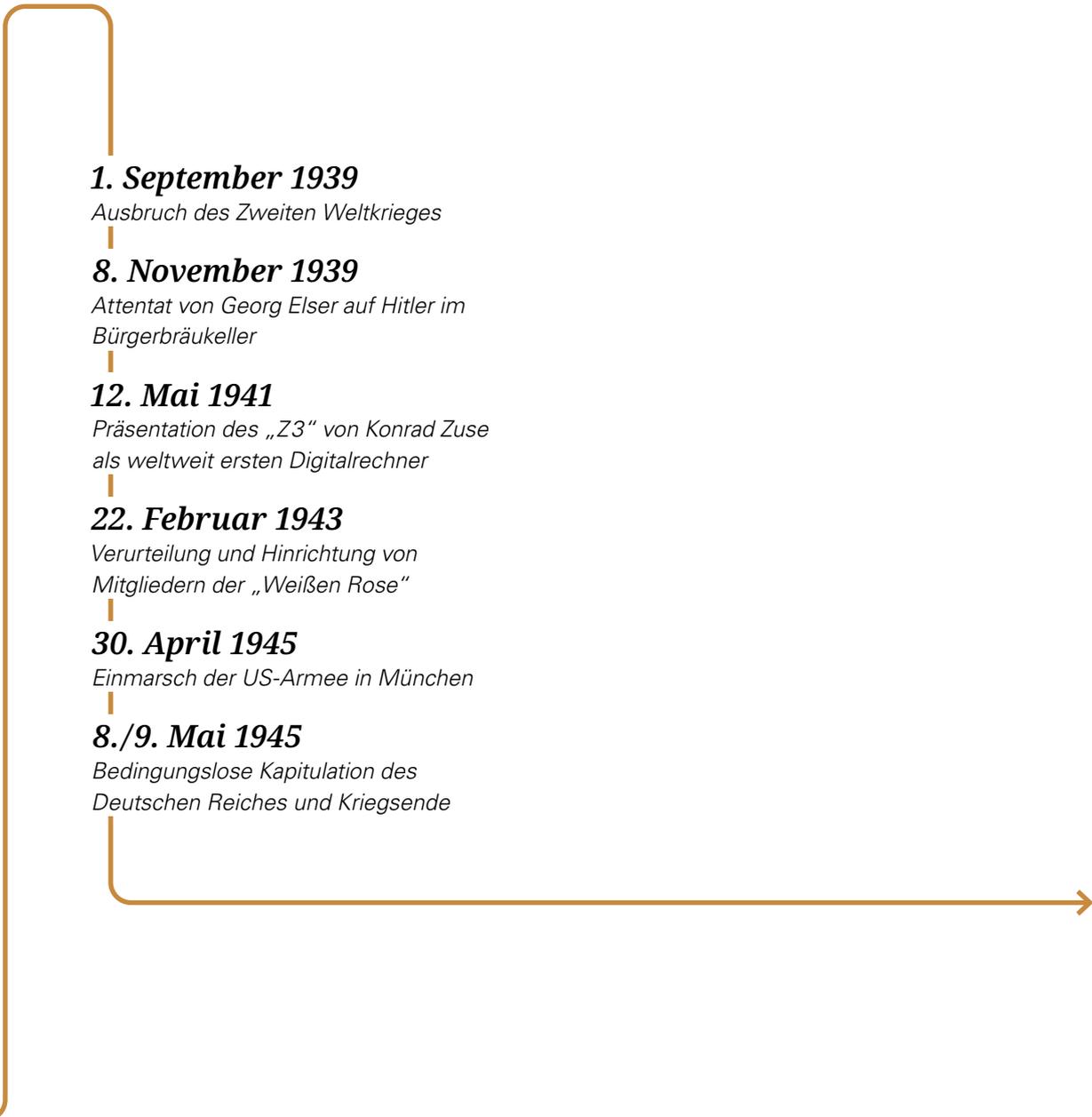
*Eröffnung der Ausstellung
„Entartete Kunst“*

29./30. September 1938

Stattfinden der „Münchner Konferenz“

9./10. November 1938

Reichspogromnacht



1. September 1939

Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

8. November 1939

*Attentat von Georg Elser auf Hitler im
Bürgerbräukeller*

12. Mai 1941

*Präsentation des „Z3“ von Konrad Zuse
als weltweit ersten Digitalrechner*

22. Februar 1943

*Verurteilung und Hinrichtung von
Mitgliedern der „Weißen Rose“*

30. April 1945

Einmarsch der US-Armee in München

8./9. Mai 1945

*Bedingungslose Kapitulation des
Deutschen Reiches und Kriegsende*